

Änderungsanträge zum Antrag «Nein zum Krieg – Nein zur Aufrüstung!»
An die Mitgliederversammlung von DIE LINKE. Neukölln am 02.05.2022

Einreicherin: BO Süd

Änderungsantrag 1 zu Punkt 1

Zeile 1:

Streiche «abscheuliches».

Begründung:

Jeder Krieg ist abscheulich. Die Linke sollte sich nicht einreihen mit hoch emotionalen Begriffen und Darstellungen, sondern analytisch und lösungsorientiert vorgehen. Eine Emotionalisierung schlimmer Ereignisse lässt die Betrachtung auf der Metaebene schwer zu. Zudem fördert es ein Schwarz-Weiss-Denken und teilt die Welt in Gut und Böse ein. Wir als Linke wissen, dass die Welt nicht so einfach funktioniert und sollten uns hüten dem Mainstream zu folgen.

Änderungsantrag 2 zu Punkt 1

Ergänzung letzter Satz:

Um die Voraussetzung dafür herzustellen benötigt es ein Kompromissangebot an Russland. Denkbar wären folgende Ideen in einer lösungsorientierten Forderung: die Schaffung einer Demilitarisierungszone in den ausgerufenen Volksrepubliken mit Unterstützung von Blauhelm-Soldaten den UNO, Herstellung einer Souveränität der Donbass VR ohne territoriale Zugehörigkeit zu Russland, die Krim Russland zugehörig anzuerkennen und einen NATO-Beitritt der Ukraine auszuschliessen.

Der Ukraine wird die Aufnahme in die EU gewährt und sie erhält Sicherheitsgarantien unterstützender Staaten. Der Wiederaufbau wird über EU-Mittel gefördert. Danach in entsprechend angepasster Zählweise weiter.

Begründung:

Es wird nicht reichen W. Putin aufzufordern mit allen Truppen aus der Ukraine abzuziehen, wenn keine verbindlichen Verhältnisse hergestellt werden. Solange W. Selenskiy weiterhin offiziell fordert, den Donbass und die Krim mit allen Mitteln zurück holen zu wollen, kann es nur schwer einen Truppenabzug von russischer Seite geben.

Die oben genannten Zugeständnisse an Putin mögen den Eindruck erwecken, dass W. Selenskiy als Verlierer hervor geht, ein verkürzter EU-Beitrittsprozess und Sicherheitsgarantien sind dennoch als Erfolge zu werten. Auch W. Selenskiy muss Verantwortung für seine Bevölkerung übernehmen und den geringst möglichen Schaden generieren. Endlose Waffenlieferungen verlängern die Zerstörung des Landes und erhöhen die Opferzahlen auf beiden Seiten. Genauso müssen Regierungen, welche die Ukraine unterstützen, Verantwortung für ihre Bevölkerung übernehmen und dürfen soziale Strukturen nicht aushebeln zu Gunsten der Waffen- und Kriegslobby. Wir sehen die oben genannten Lösungsvorschläge als eine der wenigen Optionen diesen brodelnden Krieg erkalten zu lassen, um dann eine Chance auf diplomatische Verhandlungen zu haben.

Änderungsantrag 3 zu Punkt 2

Zeile 6:

Streiche «Wir unterstützen das Selbstverteidigungsrecht...keine Zustimmung für Waffenlieferungen an die Ukraine ab.». Danach in entsprechend angepasster Zählweise weiter.

Begründung:

Der Satz scheint nicht schlüssig ohne längere Erklärung und könnte der Partei als widersprüchlich ausgelegt werden. Für viele geht ein Selbstverteidigungsrecht gedanklich automatisch mit Waffenlieferungen einher. Warum sehen wir trotz Selbstverteidigungsrecht keine Begründung für Waffenlieferungen?

Änderungsantrag 4 zu Punkt 2

Letzte Zeile:

Streiche «in Kriegs- und Krisengebiete» und ergänze, dass wir als Linke ALLE Waffenexporte ablehnen. Danach in entsprechend angepasster Zählweise weiter.

Begründung:

Wir sollten uns von der aktuellen Situation nicht dazu verleiten lassen linke Grundsätze aufzuweichen. Friedenspartei zu sein sollte als unser jahrelanges Alleinstellungsmerkmal gerade jetzt, trotz und wegen aller Instabilitäten hochgehalten werden. Gerade jetzt braucht es eine Linke mit klaren Prinzipien, die Glaubwürdigkeit und Sicherheit der Bevölkerung signalisiert.

Änderungsantrag 5 zu Punkt 5

Streiche Punkt 5:

Danach in entsprechend angepasster Zählweise weiter.

Begründung:

Dass russische Oligarchen, erst recht diejenigen, die Putin stützen, durch Sanktionen ihren Reichtum verlieren wäre extrem wünschenswert und jede Freude über eine beschlagnahmte Mega-Yacht oder eine Riesen-Immobilie ist begründet. Die genauere Betrachtung der Wirkung von Sanktionen, auch denen die als „gezielt“ gelten, lässt aber leider nur den Schluss zu, dass eher früher denn später jede Sanktion die russische Zivilbevölkerung treffen wird. Die betroffenen Einzelpersonen sind meistens Männer, selten Frauen, die in den jeweiligen Ländern über offensichtlich große politische und ökonomische Machtressourcen verfügen und damit auch über viele Möglichkeiten ihre Sanktionen auf die Normalbevölkerung abzuwälzen.

Durch Sanktionen, welche die Zivilbevölkerung treffen, wird auch systematisch den Widerstands- und Arbeiter*innenbewegungen die Grundlage für ihre Kämpfe gegen das System entzogen.

In einem ausführlichen Artikel in der Zeitschrift „Luxemburg“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung etwa, werden mehrere Studien erwähnt, die zu dem Ergebnis kommen, dass „auch gezielte Sanktionen grundlegend signifikante negative Effekte haben können, insbesondere die Steigerung der politischen Repression, die Verschlechterung der humanitären Bedingungen, Korruption in der Regierung und schlechte Regierungsführung (poor governance)“¹ und dass „sich Eliten aufgrund ihrer privilegierten Stellung in der Gesellschaft auch leichter solchen Maßnahmen entziehen können, sei es durch Korruption, durch Geldwäsche oder einfach durch eine Umschichtung der staatlichen Ressourcen zu eigenen Gunsten“

2. So menschlich nachvollziehbar jeder Wunsch ist, der Putin und seine Getreuen schwächt, besteht also sowohl die große Gefahr, dass die Sanktionen die Zivilbevölkerung treffen, als auch, dass die russische herrschende Klasse die Auswirkungen für eigene Propagandazwecke nutzt.

Diese Fassung wurde am 20.04.2022 in der BO-Sitzung von Nadine, Tim, Konstantin, Tjark und Mia einstimmig erarbeitet und im Anschluss in der BO Süd mehrheitlich abgestimmt.